



GREENPEACE

# Gegen Ausgrenzung – für eine offene Gesellschaft

Greenpeace-Position zur Partei  
„Alternative für Deutschland“ (AFD)

## **Gegen Ausgrenzung – für eine offene Gesellschaft**

### **Greenpeace-Position zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)**

Greenpeace setzt sich seiner Satzung gemäß für Umwelt- und Tierschutz sowie für Frieden und Völkerverständigung ein. Diesen Zielen stehen die meisten Forderungen der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) diametral entgegen.

Die AfD will in Deutschland nicht nur den Klimaschutz und den Atomausstieg abschaffen. Sie steht auch für eine Politik, die durch die Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten sowie Intoleranz und Rassismus geprägt ist und damit den inneren und äußeren Frieden und die Völkerverständigung gefährdet. Dafür konstruiert sie das für Rechtspopulisten typische Feindbild: Einem als einheitlich idealisierten „Volk“ (lat. *populus*) wird als Gegner und „heimlicher Souverän“ eine „kleine, machtvolle politische Oligarchie“<sup>1</sup> in den bestehenden Parteien gegenüber gestellt, die „das Volk“ ignoriert, falsch informiert und betrügt. Hinzu kommen „Ausländer“, deren „ungeregelte Massenimmigration“ Sicherheit, Wirtschaft und Fortbestand des „deutschen Volkes“ bedroht.<sup>2</sup>

Greenpeace tritt für eine offene, freie, demokratische und tolerante Gesellschaft ein. Eine solche Gesellschaft ist von der AfD nicht gewollt. Deshalb halten wir es für unerlässlich, sich mit den Inhalten dieser Partei auseinander zu setzen und öffentlich eine klare Position gegen deren Propaganda und für den Erhalt der offenen Gesellschaft zu beziehen.

Dass rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien in der Bundesrepublik Wahlerfolge erringen, ist kein neues Phänomen. Dies belegt die bundesdeutsche Parteiengeschichte von der NPD über die Republikaner bis zur Schill-Partei, deren Anhänger und Vertreter heute auch in der AfD zu finden sind. Hinzu kommen rechtskonservative Wähler und Politiker der etablierten Parteien, deren inhaltliche Positionen denen der Rechtspopulisten mitunter nahe stehen oder teilweise entsprechen. Nach dem Einzug in

---

<sup>1</sup> AfD Wahlprogramm Bundestagswahl 2017, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/2017-04-22\\_Leitantrag\\_zum\\_AfD\\_Bundestagswahlprogramm\\_BPT-K%C3%B6ln.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/2017-04-22_Leitantrag_zum_AfD_Bundestagswahlprogramm_BPT-K%C3%B6ln.pdf)

<sup>2</sup> Zur Geschichte und Einordnung der AfD vgl. Informationen und Analysen der Bundeszentrale für Politische Bildung, z.B. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240958/werdegang-der-alternative-fuer-deutschland> oder <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland>

derzeit 12 Landesparlamente und angesichts von Umfragewerten von derzeit acht bis zehn Prozent hat die AfD gute Chancen, 2017 in den Bundestag einzuziehen.

Es wäre falsch, auf Parteien wie die AfD, die eine Gesellschaft der Ausgrenzung wollen, mit Ausgrenzung zu reagieren. Das würde nicht nur der AfD in die Hände spielen, die sich als Außenseiter gegen das „Establishment“ inszeniert, sondern auch diejenigen Menschen stigmatisieren, die bei der AfD nach Antworten auf aktuelle Probleme suchen, die sie bei anderen Parteien bisher nicht finden. Eine lebendige, demokratische und offene Gesellschaft muss sich mit ihren Gegnern auseinandersetzen und aktiv aufzeigen, dass rechtspopulistische Parteien die falschen Antworten auf die Fragen der Gegenwart geben.

Auch Greenpeace kritisiert vieles an der aktuellen Politik in Deutschland und Europa. Wenn Politiker und Parteien über viele Jahre Manipulationen der Autokonzerne an ihren Pkw-Emissionen tolerieren, kritisieren wir das deutlich – aber deshalb lehnen wir nicht pauschal das Parteiensystem ab. Wenn die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen Handelsverträge wie TTIP und CETA aushandelt, kritisieren wir das massiv, fordern deshalb aber nicht den Austritt aus der EU. Und wenn sich EU-Staaten anders als Deutschland weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, muss auch das deutlich kritisiert werden - aber das rechtfertigt gerade nicht die Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl.

Um zu verstehen, was die AfD wirklich will, müssen neben offiziellen Wahlprogrammen auch die Äußerungen von AfD-Politikern beachtet werden. Für Greenpeace ergeben sich aus dieser Analyse die im Folgenden aufgeführten Feststellungen und Schlussfolgerungen.

- **Die AfD ist eine rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei, die die Werte und Grundsätze unserer Verfassung und Gesellschaft in Frage stellt und die Demokratie in Deutschland gefährdet.**

*"Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde."*

*(Der Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation "Junge Alternative", Markus Frohnmaier, auf einer AfD-Demonstration in Erfurt am 28.10.2015)*

*"Wir wollen weg vom links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland und hin zu einem friedlichen, wehrhaften Nationalstaat."*

*(AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen auf dem Parteitag in Stuttgart am 30.04.2016)*

*„Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. (...) Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!“*

*(Björn Höcke, Parteivorsitzender der AfD Thüringen, bei einer Rede in Dresden am 17.1.2017)*

*„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (AfD Wahlprogramm Bundestagswahl 2017)*

*„Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Masseneinwanderung in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden. Eine erfolgreiche Integration all dieser Menschen, darunter ein beträchtlicher Teil Analphabeten, ist unmöglich. (...) Wir fordern zudem eine jährliche Mindestabschiebequote.“*  
*(Wahlprogramm Bundestagswahl 2017)*

*“Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ (Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry auf die Frage, was ein Grenzpolizist tun soll, wenn ein Einwanderer illegal über den Grenzzaun klettert, Mannheimer Morgen 30.1.2016)*

*„Ja.“*

*(Antwort der Petry-Stellvertreterin und Europa-Abgeordneten Beatrix von Storch in Facebook auf die Frage, ob sie den Grenzübertritt von Frauen mit Kindern auf der grünen Wiese mit Waffengewalt verhindern wolle).*

*"Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen. Sie war sehr hilfreich."*

*(AfD-Vize Alexander Gauland über die Flüchtlingskrise bei Spiegel online 12. 12. 2015)*

*„Die AfD ist zu einer „NPD light“ geworden.“*

*(Ex-AfD Bundesvorstand Hans-Olaf Henkel in der FAZ Online 8.11.2015)*

In den vier Jahren ihrer Geschichte hat sich die AfD deutlich radikalisiert: aus der „Anti-Euro-Partei“ des Jahres 2013 ist 2017 eine „nationalkonservative Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus“ geworden (so der Parteienforscher Oskar Niedermayer)<sup>3</sup>. Wie alle Rechtspopulisten konstruiert die AfD das Bild eines ethnisch einheitlichen „Volkes“ (lat. *populus*), das im Gegensatz zu einer „volksfeindlichen“ Elite oder politischen Klasse stehen soll. Den von den Nationalsozialisten geprägten Begriff „völkisch“ will die AfD-Vorsitzende Frauke Petry wieder „positiv besetzen“. Menschen ausländischer Herkunft, insbesondere Flüchtlinge und Muslime, werden als „Bedrohung“ für dieses „Volk“ diskriminiert, dem eine „Umvolkung“ drohe.

Die AfD will eine Gesellschaft, die durch Ausgrenzung, Rassismus, Intoleranz, Nationalismus und die Diskriminierung von Minderheiten gekennzeichnet ist, wie die oben angeführten Zitate und die Programme der Partei zeigen. Flüchtlinge und Ausländer sind für die AfD die ideale Projektionsfläche. Die Partei will u.a. das Grundgesetz gegen den „massenhaften Missbrauch des Asylrechts“ ändern, die Genfer Flüchtlingskonvention „neu verhandeln“ sowie den Familiennachzug von Flüchtlingen verbieten und das Grundrecht auf Asyl durch eine „absolute Belastungsgrenze (...), ab der niemand mehr aufgenommen wird“ sowie durch eine „jährliche Mindestabschiebequote“ aushöhlen.

Von da ist es nicht weit zum Bau von Zäunen und Mauern, wie sie die rechtspopulistische Regierung in Ungarn schon umsetzt und sie der rechtspopulistische US-Präsident plant. Auch die AfD nennt den Bau von Zäunen als Option. Unter Verweis auf eine diffus bleibende „Bedrohung Europas“ fordert die AfD die Wiedereinführung der Wehrpflicht und will die Bundeswehr zu „Einsätzen auch mit höchster Intensität“ befähigen. Die Stabilität von Staaten soll nur noch „im Interesse unserer Sicherheit und nicht im Namen von Demokratie und Moral“ unterstützt werden. Sie will einen „deutschen Grenzschutz“ aufbauen, bei dem auch Wehrpflichtige eingesetzt werden.

---

<sup>3</sup> Siehe Anm. 1

Weitere Feindbilder der AfD sind Menschen, die für alternative Lebensformen oder Gleichstellung der Geschlechter oder Ökologie eintreten, das „links-rot-grün-versifftete 68er Deutschland“, wie es AfD-Bundessprecher Meuthen formulierte.

Gleichstellungsbeauftragte sowie Gender-Forschung oder Frauenquoten sollen „abgeschafft“ werden, als Familie gelten der AfD nur „Vater, Mutter und Kinder“.

Die AfD redet viel über Demokratie. Äußerlich ist sie eine demokratische Partei: Bei Landtagswahlen wurde die AfD demokratisch gewählt, und während sie lautstark das etablierte Parteiensystem kritisiert, folgt sie dessen Regeln wie jede andere Partei. In ihrem Wahlprogramm fordert sie die „Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland.“ Doch an den Entwicklungen autoritärer Regierungen in Ungarn, in Polen, in der Türkei oder nun auch in den USA kann man sehen, was passiert, wenn Rechtspopulisten schließlich auf demokratischem Wege an die Macht kommen: sie bauen autoritäre Systeme auf, die Demokratie und Menschenrechte Stück für Stück demontieren.

➤ **Die AfD kehrt Europa den Rücken.**

*„Durch die EU (werden) die existierenden, demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion eingeschränkt bzw. zerstört. (...) Das deutsche Volk soll deshalb nach britischem Vorbild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und gegebenenfalls in der EU abstimmen! (...) Deutschland (muss) die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.““  
(Wahlprogramm Bundestagswahl 2017)*

*„Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an. (...) Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.“ (Grundsatzprogramm der AfD 2016)*

Die AfD tritt offen für den Austritt Deutschlands aus der EU ein. Damit wendet sie sich gegen eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die mit der Gründung der EU vor 60 Jahren begann und Europa nach zwei verheerenden Kriegen eine historisch einmalige Periode des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung gebracht hat. Stattdessen will die AfD die Rückkehr zum Nationalismus, der eine maßgebliche Ursache für diese Kriege gewesen ist. Die durch die EU verwirklichte europäische Völkerverständigung nach den Weltkriegen ist einmalig in der bisherigen Geschichte, auch wenn sie phasenweise und

insbesondere aktuell immer wieder gefährdet war und ist. Europa hat sich durch die Europäische Union zum größten und friedlichsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt. Auch für die Umweltgesetzgebung brachte die europäische Einigung große Fortschritte: statt eines Flickenteppichs nationaler Regelungen sorgen europäische Verordnungen und Richtlinien für die Umsetzung weitgehend einheitlicher Schutzstandards in alle Mitgliedsstaaten und erlauben gemeinsame Zielsetzungen für alle Staaten im Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz.

➤ **Die AfD will den Klimaschutz in Deutschland beenden.**

*„Das Spurengas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schadstoff (...) Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. (...) Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben. Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.“ (AfD Wahlprogramm Bundestagswahl 2017)*

Die AfD zählt zum Lager der „Klimaskeptiker“: sie leugnet einen menschengemachten Klimawandel und die klimaschädliche Wirkung von Kohlendioxid. Damit stellt sich die Partei gegen den weltweiten Konsens der Klimawissenschaft, dass die menschengemachten Treibhausgas-Emissionen die entscheidende Ursache der Klimaerwärmung sind. Der Mensch hat im Zuge der Industrialisierung in einem naturgeschichtlich beispiellos kurzen Zeitraum von nur 100 Jahren eine globale Erwärmung um ein Grad verursacht. Für jeweils ein Grad Erwärmung benötigte die Natur seit der Eiszeit jeweils 1000 Jahre. Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre ist heute so hoch wie seit drei Millionen Jahren nicht mehr. Die AfD will das vom Menschen verursachte Klimaproblem dadurch lösen, dass sie es abstreitet. Ihre Behauptungen entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage.

➤ **Die AfD will den Atomausstieg rückgängig machen.**

*„Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich.“ (Grundsatzprogramm der AfD 2016)*

Die AfD will Atomkraftwerke so lange wie technisch möglich laufen lassen. Damit verabschiedet sie sich vom parteiübergreifend beschlossenen Konsens der deutschen Politik nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011, den 2002 beschlossenen Atomausstieg zu beschleunigen. Die AfD ignoriert nicht nur die ungelösten Sicherheitsprobleme von Atomkraftwerken und ihrem Jahrmillionen strahlenden, radioaktiven Müll, sondern auch den Willen der Bundesbürger, die sich mit großer Mehrheit gegen Atomkraft aussprechen.

➤ **Die AfD will die Energiewende abschaffen.**

*„Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung.“ (Grundsatzprogramm der AfD 2016)*

*„Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.“ (AfD Wahlprogramm Bundestagswahl 2017)*

Die AfD will die Energiewende abschaffen und das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) „ersatzlos streichen“. Auch die Gesetze zur Energieeinsparung und der Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien will sie „abschaffen“. Dabei soll die Mietpreisbremse ebenso wie Vorschriften zur Wärmedämmung gleich mit „beseitigt“ werden. Die Windenergie, die mittlerweile rund 15 Prozent des deutschen Stroms emissionsfrei produziert, bezeichnen die Rechtspopulisten als „energiepolitischen Irrweg“ und wollen ihren Ausbau stoppen. Dagegen will die AfD Kohlekraftwerke, die klimaschädlichste Stromerzeugung überhaupt, laut Wahlprogramm „nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen“.

Die AfD betont die Milliardensummen, die die „staatliche Planwirtschaft“ der Energiewende den Steuerzahler koste. Sie unterschlägt die Tatsache, dass die Erneuerbaren Energien hierzulande über 350.000 Arbeitsplätze geschaffen haben und Deutschland durch den Einsatz erneuerbarer Energien jährlich Importkosten für fossile Energieträger in Höhe von über 8 Milliarden Euro einspart. Ebenso wenig setzt sie die



Kosten der Energiewende in Relation zu den um Dimensionen höheren und teils gar nicht abschätzbaren Folge- und „Ewigkeits“-Kosten der Nutzung von Atom- und Kohleenergie. Die Position der AfD ist rein ideologisch motiviert und weit entfernt von der Realität des deutschen Energiemarktes.

Die Forderungen der AfD gegen Klimaschutz und Erneuerbare Energien und für Atom- und Kohlekraftwerke zeigen, dass die Partei Umweltpolitik gegen den Willen der Bundesbürger machen will. Was mit Umweltpolitik unter der Führung von Rechtspopulisten geschieht, lässt sich in den USA beobachten. Wie die AfD leugnet auch US-Präsident Trump einen menschengemachten Klimawandel, widerruft die Verpflichtungen der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, schafft Klimaschutzauflagen und die Finanzierung von Klimaschutz ab und forciert Öl- und Gasförderung sowie Kohlekraftwerke. Angesichts ihrer Forderungen ist es naheliegend, dass die AfD ähnliche Maßnahmen auch in Deutschland vorantreiben würde.

➤ **Die AfD hat kein verkehrspolitisches Konzept.**

*„Die AfD fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab.“ (Grundsatzprogramm der AfD 2016)*

Die AfD hat keinerlei Konzept für die Verkehrspolitik. Sie betont beim Thema Verkehr wie so oft vor allem, wogegen sie ist, z.B. gegen Tempolimits, gegen die Umweltzonen in Städten oder gegen eine Pkw-Maut. Eine Auseinandersetzung mit dem existierenden Bundesverkehrswegeplan oder dem öffentlichen Nahverkehr sucht man vergebens, ebenso wie Konsequenzen aus dem VW-Skandal oder aus der Diskussion um krebserregende Dieselabgase oder Aussagen zum rapide wachsenden Flugverkehr. Auch die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs spielen für die AfD keine Rolle.

➤ **Die AfD hat teilweise sinnvolle, aber oft widersprüchliche Forderungen im Bereich Naturschutz und Landwirtschaft.**

*„Wir sehen Jäger als Naturschützer, deren Fachkenntnisse wieder stärker berücksichtigt werden müssen.“ (Grundsatzprogramm der AfD 2016)*

*„Eine Verteufelung der Gentechnik durch technikfeindliche gesellschaftliche Gruppierungen lehnen wir jedoch strikt ab.“ (Wahlprogramm der AfD Thüringen 2014)*

Etliche Forderungen im AfD-Programm zu Umwelt- und Naturschutz klingen gut: keine Privatisierung der Wasserversorgung, besseren Lärmschutz, transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln, mehr Tierschutz, Erhalt alter Kultursorten, Vorsicht bei Gentechnik und Patenten oder nutzungsfreie Gebiete auf See und an Land. Bei genauem Hinsehen aber bleibt die AfD bei populären Schlagwörtern oder inkonsequenten Aussagen stecken.

So spricht sie sich für mehr Tierschutz aus, geht aber im Detail – ganz im Sinne ihrer ausländerfeindlichen Grundhaltung - nur auf das Schächten ein, während die tierquälerische Massentierhaltung der von der AfD hochgehaltenen konventionellen Landwirtschaft nicht genauer adressiert wird. Das Wahlprogramm erwähnt Ökolandbau mit keinem Wort, das Landtagswahlprogramm der AfD Thüringen dagegen sieht eine vollständige Rückentwicklung zum Ökolandbau als „der Bevölkerung nicht zumutbar“ an. Die AfD klingt kritisch gegen Gentechnik, spricht sich aber für Gentechnik-Forschung aus und ist nicht grundsätzlich gegen Freisetzungen von genveränderten Organismen, auch Patente will sie nur „verringern“. Sie beklagt die „flächendeckende Zerstörung unserer Landschaften“ durch die Windkraft, verliert aber kein Wort über die massiven Landschafts- und Dorfzerstörungen durch die Braunkohle-Tagebaue. Die Umwelt- und Naturschutzforderungen der AfD wirken insgesamt beliebig und orientiert an einem Idealbild „deutscher“ Landschaften und Landwirte, das mit der Realität der industrialisierten Agrar- und Forstwirtschaft wenig zu tun hat.

➤ **Die AfD lehnt Handelsabkommen aus nationalistischen Gründen ab.**

„Handelsschranken wollen wir in Europa und weltweit abbauen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung müssen der deutschen Souveränität Rechnung tragen.“

(Grundsatzprogramm der AfD 2016)

Die AfD lehnt die Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) ab – allerdings aus anderen Gründen als Greenpeace. Hauptmotiv ist der Schutz nationaler Interessen und Unternehmen. Die AfD fordert, „deutsche Industrie-, Sozial- und Umweltstandards“ zu berücksichtigen“, obwohl Handelsverträge auf europäischer Ebene abgeschlossen werden. Ihre Position ähnelt der des US-Präsidenten Trump, der Freihandelsverträge ablehnt, weil er bessere Bedingungen für US-Unternehmen fordert, deshalb aber ein Verfechter von Deregulierung und Konzernpolitik bleibt.

\*\*\*

„**Demokratie und Freiheit gibt es nur dann, wenn genug Menschen für sie eintreten**“ lautet der Grundsatz der [„Initiative offene Gesellschaft“](https://www.die-offene-gesellschaft.de/)<sup>4</sup>. Greenpeace begrüßt diese und andere Initiativen wie die [„Allianz für Weltoffenheit“](http://www.allianz-fuer-weltoffenheit.de/)<sup>5</sup> und appelliert an alle Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, der Wirtschaft und an alle Bürgerinnen und Bürger: Engagieren Sie sich bei diesen oder ähnlichen Initiativen, die für eine offene Gesellschaft eintreten!

V.i.S.d.P.: Stefan Krug, Greenpeace e.V., Politische Vertretung Berlin, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, [www.greenpeace.de/politische-vertretung](http://www.greenpeace.de/politische-vertretung), Foto: Ionut Brigle © Greenpeace, Stand: Mai 2017

<sup>4</sup> <https://www.die-offene-gesellschaft.de/>

<sup>5</sup> <http://www.allianz-fuer-weltoffenheit.de/>